

Ergebnisprotokoll

über die 2. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses
(VIII. Wahlperiode)
am 25. November 2011

Tagungsort: Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:00 Uhr **Ende:** 11:35 Uhr

Teilnehmer: Herr Gerhard Herbert,
Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses

Herr Ahrnt	Herr Horn	Frau Dr. Reinhardt	Herr Schwarz
Herr Berg	Herr Kasseckert	Herr Rock	Herr Sommer
Herr Buschmann	Herr Krätschmer	Herr Röhrig	Frau Streicher- Eickhoff
Herr Fey	Herr Kraft i.V.	Herr Röttger i.V.	
Herr Gerhards	Herr Kummer	Herr Schmidt	Frau Weyrauch
Herr Herkströter i.V.	Frau Möricke	Herr Schneider, K. i.V.	Herr Winckler
Herr Heuser	Herr Old	Herr Schork	

Fraktionsvorsitzende Herr Banzer Herr Kaufmann
Herr Rock Herr Schindler

Mitglieder des Präsidiums: Herr Freier Herr Dr. Gehrke
Herr Hörr Herr Kummer
Herr Kündiger Herr Walther

Fraktionsgeschäftsführerinnen/ Frau Suffert Herr Gerfelder
Fraktionsgeschäftsführer: Herr Jung Herr Röttger

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Regierungsvizepräsident Dr. Kanther
Herr Dr. Beck Frau Güss
Herr Krämer Herr Hartz
Frau Sander Frau Buschkühl-Lindermann
Herr Hennig Herr Ortmüller
Frau Dickel-Uebers

Gäste: Herr Gebhardt; Bürgermeister der Stadt Langen
Herr Sehring und Herr Ott; Firma Sehring

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Beschluss gemäß § 10 Abs. 6 und § 13 Abs.1 HLPG zur Planänderung des Regionalplans Südhessen / RegFNPs 2010 für den Bereich Langen; Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - **Drs. Nr. VIII / 8.0**
2. Sachstand KLAMIS - Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) zum Klimawandel
3. Mitteilungen und Anfragen
4. Bericht über die Veranstaltung „Der neue Regionalplan Südhessen / Regionale Flächennutzungsplan 2010“ am 11. November 2011

Zu diesem TOP tagt der Haupt- und Planungsausschuss gemeinsam mit dem Ältestenrat

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses (HPA), **Herr Gerhard Herbert**, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

Zu TOP 1: Beschluss gemäß § 10 Abs. 6 und § 13 Abs.1 HLPG zur Planänderung des Regionalplans Südhessen / RegFNPs 2010 für den Bereich Langen; Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - **Drs. Nr. VIII / 8.0**

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) begründete ausführlich den Antrag seiner Fraktion.

Für die Firma Sehring nahmen hierzu **Herr Sehring** und **Herr Ott** Stellung.

Herr Bürgermeister Gebhardt (Stadt Langen) berichtete, dass die Stadt Langen das Vorhaben der Firma Sehring unterstütze.

Für die **SPD-Fraktion** erklärte **Herr Kummer**, dass diese dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zustimmen werde. Er erinnerte an die Diskussionen während der Fortschreibung des jetzt gültigen RPS/RegFNP zum Thema „Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten im Bereich Langen“. Entgegen den Beschlussempfehlungen der Oberen Landesplanungsbehörde, dieses Vorranggebiet nicht in den RPS/RegFNP aufzunehmen, sei dessen Aufnahme mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP dennoch beschlossen worden. **Herr Kummer** machte deutlich, dass man bei der in seiner Fraktion stattgefundenen Abwägung auch über das Thema „Arbeitsplätze“ intensiv diskutiert habe. Man sei jedoch abschließend zu der Überzeugung gelangt, dass alles getan werden müsse, um das Abbauvorhaben doch noch zu unterbinden. Er stellte die Frage, welcher Stand des Regionalplans in einem eventuellen Klageverfahren gegen einen Planfeststellungsbescheid maßgebend wäre.

Herr Dr. Kanther erklärte, dass diese Frage zweckmäßigerweise dann geprüft und konkret beantwortet werde, wenn dieser Fall eingetreten sei.

Herr Rock (FDP) betonte, dass es sich hier um einen beschlossenen und genehmigten Plan handle. Außerdem bat er zu bedenken, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Arbeitsplätze vernichte.

Auch **Herr Kasseckert (CDU)** wies darauf hin, dass seit dem 17.10.2011 ein rechtskräftiger Plan vorliege. Er halte eine Abweichung von den dort erfolgten Festsetzungen zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Es solle grundsätzlich an diesem Plan festgehalten werden. Der Erhalt der Arbeitsplätze, der Erhalt des Unternehmens in der Region sowie der Rohstoffbedarf in der Region seien unter anderem Begründung dafür, dass seine Fraktion dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN nicht zustimmen werde. Die zweifelsohne vorhandene Grundwasser- und Bannwaldproblematik bedürfe einer fachlichen Prüfung, und diese werde im Planfeststellungsverfahren erfolgen. Eine Aussetzung dieses Verfahrens sei seiner Meinung nach im Übrigen nicht möglich.

Herr Schindler (SPD) betonte, dass es seiner Fraktion bewusst sei, dass es sich bei der Änderung eines rechtskräftigen Plans um ein schwieriges Unterfangen handle. Dennoch werde die Meinung vertreten, dass eine Änderung in diesem Fall unabdingbar sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - **Drs. VIII / 8.0** - abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mehrheitlich zu.

Zu TOP 2: Sachstand KLAMIS – Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) zum Klimawandel

Der Sachstandsbericht ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Zu TOP 3: Mitteilungen und Anfragen

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Zu TOP 4: Bericht über die Veranstaltung „Der neue Regionalplan Südhessen / Regionale Flächennutzungsplan 2010“ am 11. November 2011

Da es sich hier um einen gemeinsamen TOP für HPA und ÄR handelt, übernimmt **Herr Herkströter** als Vorsitzender des Ältestenrates in Absprache mit Herrn Herbert die Sitzungsleitung.

Zu Beginn wies **Herr Herkströter** darauf hin, dass er bei Bekanntwerden des Veranstaltungstermins bei Herrn Baron seine Verwunderung deutlich gemacht habe, dass die RVS zu diesem Termin nicht eingeladen sei. Herr Baron habe ihm erklärt, dass es sich hier um eine Veranstaltung von der Verwaltung für die Verwaltung handle. Daraufhin habe man vereinbart, dass HPA und ÄR gemeinsam über diese Veranstaltung informiert werden sollten. Zukünftig sollen bei Veranstaltungen dieser Art der RVS-Vorsitzende sowie der Ältestenrat rechtzeitig informiert werden.

Frau Buschkühl-Lindermann referierte über das Thema „Die Energiewende als planerische Herausforderung – Ergänzung des Plans.“

Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

Herr Herkströter betonte, dass bei diesem sensiblen Thema eine enge Rückkopplung mit den politischen Entscheidungsgremien stattfinden müsse und die RVS deshalb bei den von Frau Buschkühl-Lindermann vorgetragene weiteren Arbeitsschritten zur Erstellung des Teilplans Windenergienutzung immer einzubinden sei.

„Die künftige Praxis – verfahrensrechtliche Aspekte“ war das Thema von **Herrn Ortmüller**. Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 3 dem Protokoll beigelegt. Für die „Weißflächen“ sei die Offenlegung nach BauGB durch die VK nachzuholen. Bei anderen raumbedeutsamen RegFNP-Änderungen solle parallel zum Änderungsverfahren nach BauGB ein Abweichungsverfahren mit Entscheidung durch die RVS durchgeführt werden.

Herr Schindler (SPD) berichtete, dass er an der Veranstaltung am 11.11.2011 teilgenommen habe und bereits damals über den vorgesehenen Umgang mit den „Weißflächen“ verwundert gewesen sei. Für seine Fraktion sei es nicht vorstellbar, dass es zum Thema Weißflächen nur eine Entscheidung der Verbandskammer (VK) und nicht auch der RVS geben solle.

Herr Herkströter erklärte, dass der Plan gemeinsam von RVS und VK beschlossen worden sei und nach seinem Verständnis auch nur gemeinsam geändert werden könne. Es sei denn, es gebe anderslautende gemeinsam festgelegte Spielregeln.

Dr. Kanther erläuterte, dass man zwischen dem von Herrn Ortmüller erläuterten Umgang mit den „Weißflächen“ und normalen Änderungsverfahren für beide Pläne unterscheiden müsse. Über die Flächen, die von der Genehmigung ausgenommen worden und daher als „Weißflächen“ gekennzeichnet seien, habe die RVS 2010 bereits entschieden. In den Fällen, in denen die Kommune an ihren Planungen festhalte, werde daher vorgeschlagen, den Fehler an der Stelle zu beheben, an der er entstanden ist – auf BauGB-Ebene. Anders zu behandeln seien Flächen, für die bei den Kommunen jetzt geänderte Planungsabsichten bestünden.

Sowohl **Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** als auch **Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** vertraten die Meinung, dass der gemeinsam von RVS und VK erarbeitete Plan mit „Weißflächen“ genehmigt worden sei. Wenn nun an dem genehmigten Plan etwas anders sein solle als es derzeit ist, sei dies eine Änderung, an der beide Gremien beteiligt sein müssten.

Herr Fey (DIE GRÜNEN) bat um Klärung; ob es eine rechtliche Grundlage für die vorgestellte Verfahrensweise mit den Weißflächen gebe oder ob es sich um einen Vorschlag handle, wie pragmatisch mit diesen Flächen umzugehen sei. Sollte es sich um einen Vorschlag handeln, hätte er eine Beschlussvorlage der oberen Landesplanungsbehörde erwartet, über die man hätte diskutieren und entscheiden können.

Herr Herkströter ging davon aus, dass die Kriterien, nach denen die Pläne zu ändern oder zu ergänzen seien, gemeinsam von RVS und VK festgelegt werden und der Vortrag von Herrn Ortmüller einen Vorschlag darstelle, über den diskutiert werden soll.

Herr Krämer informierte über den formalen Ablauf eines RegFNP-Änderungsverfahrens nach BauGB und HLPG (Planänderungsverfahren) - siehe Anlage 4. Nach geltender Rechtslage sei auch die Änderung einzelner regionalplanerischer Festlegungen mit großem Verfahrensaufwand verbunden. Die im Vortrag von Herrn Ortmüller aufgezeigten Verfahrensweisen könnten ein handhabbarer Vorschlag sein, um die Anzahl der Planänderungsverfahren möglichst gering zu halten.

Nach Meinung von **Herrn Kasseckert (CDU)** zeige der Vortrag von Herrn Krämer, dass man über die Frage einer Planänderung im Vorfeld nicht genügend nachgedacht habe. Deshalb müsse jetzt intensiv das Gespräch mit dem Ministerium gesucht werden, um ein Verfahren zu erarbeiten, das dann den Gremien vorgestellt werden würde.

Herr Herkströter wies abschließend nochmals darauf hin, dass der heute hier vorgetragene Sachstand zuerst in den Gremien hätte diskutiert werden sollen bevor man ihn den Gemeinden präsentiere. Es sei deutlich geworden, dass es derzeit noch keine mit dem Ministerium abgestimmte Vorgehensweise gebe. In die noch stattfindenden Gespräche sollte auch ein Vertreter der RVS - vorzugsweise der Vorsitzende - eingebunden werden. Herr von Neumann als Vorsitzender der Verbandskammer sollte ebenfalls dahingehend informiert werden.

Er regte weiterhin an, dass Herr Ortmüller eine Übersicht mit folgendem Inhalt erstelle:

- 1.) Weißflächen, die sich nach BauGB behandeln lassen könnten
- 2.) Weißflächen, für die bereits andere Planungsabsichten der Kommunen erkennbar seien
- 3.) übrige Verfahren, die bereits eingeleitet wurden

Diese Übersicht sowie ein Beschlussvorschlag über das weitere Vorgehen solle in der Sitzung des Ältestenrates im Februar 2012 vorgelegt werden.

Herr Herkströter beendete im Namen von Herrn Herbert um 11:35 Uhr die HPA-Sitzung.

Vorsitzender des HPA

gez.: Gerhard Herbert

Schriftführerin

gez.: Conny Scheuermann

Vorsitzender des ÄR



Martin Herkströter